Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Abend-Ausgabe.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 400. [31. Jahrgang.] **Berlin, Sonnabend den 27. August 1892, Abends.** **[31. Jahrgang.] Nr. 400.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3248.**

Inhalt der Sonntags-Beilage Nr. 35: Der Schatz des Monte Velino. — Vaterländische Erinnerungen: Handwerkerleben in dem ältesten Berlin. — Mannigfaltiges: Eine kulturhistorische Badeskizze. (Schluß.) — Haus- und Landwirthschaft. Saatgut und die Saatmärkte landwirthschaftlicher Vereine. Ist der Nebel der Pflanzenentwickelung schädlich? (Schluß.) Ueber „Steinklee". — Kleine Mittheilungen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 27. August.

Dem Ausfall der Reichstags-Ersatzwahl im Kreise Sagan-Sprottau ist vielfach mit einer gewissen Spannung entgegengesehen worden. Die öffentliche Meinung glaubte daraus ein Kriterium für den Zug entweder nach rechts oder nach links zu gewinnen. Wir selbst haben Ersatzwahlen von jeher einigermaßen kühl gegenübergestanden, weil bei ihnen zu viel besondere Verhältnisse mit in Betracht kommen, als daß es geboten erscheinen möchte, aus dem Ergebniß, welches unter Umständen auch noch durch nahezu gewaltsame Anstrengungen der einen oder anderen Partei beeinflußt wird, allgemeine Schlüsse zu ziehen. Auch im vorliegenden Falle will es uns wenig angezeigt erscheinen, gegenüber der zu Tage getretenen Verschiebung des Stimmenverhältnisses nach der konservativen Seite ein gewisses Maß von Skepsis nicht zu bewahren, weil es sich einstweilen doch nur um ein vorläufiges Wahlresultat handelt und vor dem Ausgang der Stichwahl ein abschließendes Urtheil über die Scheidung der Geister bei dieser Einzelwahl sich doch nicht fällen läßt. Außerdem aber müssen gerade in diesem Fall eine ganze Reihe besonderer, zum Theil in den sozialen provinziellen, zum Theil in den jeweiligen Verhältnissen der Kandidaten begründeter Stimmungen und Strebungen mit in Rücksicht gezogen werden, die anderswo fortfallen. Läßt sich nichtsdestoweniger aus der Parteibewegung in dem in Frage stehenden schlesischen Wahlkreise Mancherlei folgern, so dürfte in erster Linie der Rückgang der freisinnigen Stimmen um deswillen bemerkenswerth erscheinen, als er offen zu Tage treten läßt, wie in immer weiteren Kreisen des Volkes eine Abneigung gegen eine Methode der Politik hervortritt, wie sie durch das vorwiegend negative Verhalten der Freisinnigen charakterisirt wird.

Es kann gewiß nicht verkannt werden, daß ein beträchtlicher Antheil am Ausfall an Stimmen bei den Freisinnigen sich sehr natürlich dadurch erklärt, daß das Zentrum bei der Sagan-Sprottauer Wahl diesmal eine veränderte Stellung eingenommen und statt seine Stimmen zu Gunsten des freisinnigen, zu Gunsten des konservativen Kandidaten abgegeben hat.

Dieses Manko hätte aber mit um so größerer Leichtigkeit gedeckt werden können, wenn die freisinnige Wahlmethode überhaupt noch eine besondere Zugkraft auszuüben im Stande wäre, als ja gerade diese veränderte Stellung des Zentrums den Hauptwahlmachern der Freisinnigen willkommenen Anlaß genug bot, die von dieser Seite bei der Volksschulgesetz-Bewegung auf die Spitze getriebene „Kritik" mit Hülfe von Resonanzböden ad hoc zu fruktifiziren, wie sie ergiebiger sich nicht leicht denken lassen.

Je reifer unser Volk auch in politischer Beziehung wird, um so mehr will es ernste positive Arbeit sehen, und um so weniger von dem Uebermaß an negativer Kritik und ewiger Besserwisserei hören, mit der die Freisinnigen in um so ermüdenderer Einseitigkeit fortfahren, als schon die veränderten Zeitverhältnisse Vieles von Dem nicht mehr zutreffend und wahr erscheinen lassen, was sich wie ein Wurm, der nicht sterben kann, durch die freisinnigen Wahlreden zieht, und als in den letztereren von Alledem nichts geboten wird, wodurch das arbeitende Volk bei seinen wohlverstandenen materiellen und geistigen Interessen gepackt werden könnte.

Nach dem Ausdehnungsgesetze zum **Unfallversicherungs-Gesetze** schließt die Verwaltung einer Bahn durch Staatsbeamte, aber für private Rechnung, die Zugehörigkeit des Betriebes zur berufsgenossenschaftlichen Organisation nicht aus. Bei den vom Reiche oder von einem Bundesstaate für Reichs- bezw. Staatsrechnung verwalteten Baggerei-, Binnenschifffahrts-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetrieben wird nicht gefordert, daß dieselben gewerbsmäßig betrieben werden. Erklärungen behufs Zugehörigkeit der Reichs- bezw. Staatsbetriebe zu der berufsgenossenschaftlichen Organisation sind abgegeben: a) hinsichtlich der für Staatsrechnung verwalteten Baggerei-, Binnenschifffahrts-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetriebe vom Königreich Preußen, vom Großherzogthum Hessen und von Elsaß-Lothringen, b) hinsichtlich der für Staatsrechnung verwalteten Baggerei-, Flößerei-, Prahm- und Fährbetriebe (also nicht der Binnenschifffahrtsbetriebe) vom Königreich Bayern, c) hinsichtlich der für Staatsrechnung verwalteten Baggereibetriebe vom Königreich Württemberg, von den Großherzogthümern Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin, von den Herzogthümern Braunschweig und Anhalt, sowie von den Freien und Hansestädten Lübeck und Bremen. Ist in einem Staate, von welchem über eine bestimmte Art von Staatsbetrieben die Erklärung abgegeben ist, daß dieselben den Berufsgenossenschaften angehören sollen, die Anmeldung eines Betriebes dieser Art vergessen, so ist auch dieser gleichwohl noch hinterher bei der betreffenden Berufsgenossenschaft anzumelden; denn eine Theilung innerhalb der Staatsbetriebe derselben Art zur Staats- und Genossenschaftsversicherung ist unzulässig, und es ist anerkannt, daß künftig entstehende Staatsbetriebe der betreffenden Art, ebenso wie die bereits bestehenden entweder der Staatsversicherung zufallen oder in die Berufsgenossenschaft einzugliedern sind. Eine Theilung der Funktionen der Ausführungsbehörde für einen Staats- u. s. w. Betrieb zwischen verschiedenen Behörden ist nicht zulässig. Die Ausführungsbehörden sind als einheitliche Organe gedacht, welche sowohl die Befugnisse des Genossenschaftsvorstandes wie der Genossenschaftsversammlung wahrzunehmen haben. Eine staatliche Ausführungsbehörde wird die Ertheilung eines förmlichen Bescheides über einen auf das Unfallversicherungsgesetz gestützten Anspruch nicht um deswillen verweigern dürfen, weil sie den Verletzten nicht als einen Arbeiter, sondern als einen Beamten im Sinne des § 4 des genannten Gesetzes ansieht.

Der letztjährige Jahresbericht der Handelskammer in **Osnabrück,** welche den Plan einer allgemeinen Gewerbe-Ausstellung in Berlin anregte, erklärt, daß die Handelskammer auch in dem weiteren Stadium der Angelegenheit einer deutsch-nationalen Ausstellung in Berlin den Vorzug vor einer Weltausstellung gebe, — freilich war ihr in diesem Augenblicke die kaiserliche Ablehnung der letzteren auf Antrag des Reichskanzlers noch nicht bekannt. Vor allen Dingen bewege sie dazu noch das Vorgehen Frankreichs. Man habe den Eindruck, als sei die Angelegenheit bisher nicht überall so behandelt, wie es das Interesse Deutschlands erfordert hätte. Erforderlich werde für den nunmehr allein verbleibenden Plan einer deutsch-nationalen Gewerbe-Ausstellung in Berlin die Organisation eines einheitlichen Vereins für ganz Deutschland. Berechtigt sei dagegen die Befürchtung, daß die Vertretung unserer Industrie in Chicago nur wieder eine sehr lückenhafte sein und der Schätzung unseres Könnens nicht diejenigen Dienste leisten werde, welche dem Ansehen des Reichs förderlich sein würden. Die Begründung eines Reichs-Handelsmuseums in Berlin werde zweckmäßig bis zum Zustandekommen der Berliner Ausstellung zu vertagen sein. — Aus dem Abschnitte, betreffend das Innungswesen, sei vorerst noch hervorgehoben, daß sich das Leben in den Innungen der Stadt Osnabrück dank der maßvollen Leitung und der kräftigen Anregung, welche ihm seitens des Innungsausschusses zu Theil wurden, in recht erfreulicher Entwickelung befinde, welche auf die Tüchtigkeit des dortigen Handwerkerstandes nicht ohne günstige Einwirkung bleiben könne. Auch im Berichtsjahre konnten wiederum vier Lehrlinge aus dem Dr. Miquel'schen Fonds bedacht werden.

Rundschau im Auslande.

Am heutigen Tage wird die **bulgarische** Ausstellung in Philippopel eröffnet. Der besonders festlichen Eröffnung werden Prinz Ferdinand, sämmtliche Minister, die Divisionskommandanten mit ihren Stäben und die Spitzen aller Behörden beiwohnen. Bei diesem Anlasse wird auch eine große Truppenrevue abgehalten werden, zu welcher die Garnison von Sofia schon am 20. d. nach Philippopel abgegangen ist. Als ein charakteristisches Detail verdient noch erwähnt zu werden, daß die türkische Regierung, welche bisher der Nationalausstellung in Philippopel ziemlich kühl gegenübergestanden, nunmehr eine sehr sympathische Haltung zu derselben einnimmt. Sie hat nicht allein die türkischen Industriellen beauftragt, sich an der Exposition zu betheiligen, sondern, wie bereits berichtet, auch in der Person Dschemal Beys einen eigenen Ausstellungskommissar ernannt.

Es ist kürzlich der Unterredungen Erwähnung gethan worden, welche ein in Sofia befindlicher Mitarbeiter des „Figaro" mit dem Prinzen Ferdinand und dem Ministerpräsidenten Stambulow hatte. Derselbe französische Interviewer hatte indeß auch mit dem Finanzminister Natchovitsch und mit dem Minister des Aeußern, Grekow, Unterredungen gehabt. Herr Natchovitsch erklärte unter Anderem, daß der Hauptschuldige und der Anstifter des Komplotts eigentlich Karawelow gewesen sei, daß man ihm aber dies nicht nachweisen konnte, wodurch dessen milde Bestrafung sich erkläre. Außerdem sagte Herr Natchovitsch, daß Milarow und dessen drei Gefährten ihr Verbrechen unmittelbar vor ihrer Hinrichtung eingestanden hätten. Grekow suchte dem Korrespondenten begreiflich zu machen, daß die Verweisung der Angeklagten vor ein Kriegsgericht durchaus kein Akt der Willkür, sondern vollständig gesetzmäßig war, da in Bulgarien noch immer die türkische Gesetzgebung Geltung hat und diese für politische Attentate die Kriegsgerichte als kompetent erklärt. Die Beibehaltung der türkischen Gesetzgebung sei in einem Lande, wo die Opposition sich mit den Waffen in der Hand Geltung zu verschaffen sucht, eine dringende Nothwendigkeit. Zum Schlusse beklagte sich Grekow über die Haltung der französischen Journale gegenüber Bulgarien und lud den Korrespondenten ein, wenn er die Bulgaren und ihre Arbeit kennen lernen wolle, sich zur Ausstellung nach Philippopel zu begeben.

Das neue **serbische** Ministerium findet in den russischen Blättern wenig Sympathie, weil ihnen dasselbe der Hinneigung zu Oesterreich-Ungarn verdächtig scheint. Ristitsch wird zum Vorwurfe gemacht, „das in Serbien populaire Ministerium Pasitsch gestürzt" zu haben. So schreibt die „Nowoje Wremja":

„Wenn es dem Ministerium Avakumovitsch gelingen sollte, eine Majorität in der neuen Skupschtina zu erzielen, so muß man erwarten, daß die Beziehungen Serbiens zu Rußland und zu Oesterreich-Ungarn sich fühlbar ändern werden, und zwar in einem für die österreichische Diplomatie günstigen Sinne. Es wäre sehr traurig, wenn der Bruch der Regentschaft mit den Radikalen den Stand der Dinge in Serbien ändern würde. Ristitsch, der das Ministerium Pasitsch zur Demission gedrängt hat, müßte doch wissen, daß die erste Sorge aller Serben, welche ihr Vaterland lieben und seine politische Unabhängigkeit wünschen, darin besteht, daß im Königreiche vollständige Ruhe herrsche. Jedenfalls brechen für Serbien Tage ernster Prüfungen heran. Die Radikalen werden sich mit ihrer gegenwärtigen Lage nicht versöhnen. Die neuen Skupschtinawahlen können für die Regentschaft und das neue Ministerium ungünstig ausfallen, und dann wird sich die Regierung im offenen Gegensatze zu dem serbischen Volkswillen befinden."

Die **Londoner** Depeschen bringen heute nichts Neues über den afghanischen Konflikt; die aus der englischen Hauptstadt eingetroffenen Blätter beschäftigen sich meist an erster Stelle mit der Cholera. Mit Bezug auf die in Asien augenblicklich obschwebenden Fragen liest man in der „Pall Mall Gazette": „Lord Rosebery empfing gestern im Auswärtigen Amte einen Besuch des russischen Geschäftsträgers. Der Bericht, welchen der Emir Abdurrahman der indischen Regierung über das zwischen Afghanen und Truppen des russischen Obersten Janow stattgefundene Gefecht eingesandt hat, wird ohne Zweifel den Gegenstand von Verhandlungen zwischen Lord Rosebery und der russischen Regierung bilden. Gelingt es Lord Rosebery, die Grenze zwischen Afghanistan und Rußland festzusetzen, so wird er sich ein großes Verdienst erworben haben. Bestätigt sich die Meldung, daß der Emir die Hülfe der indischen Regierung angerufen hat, so dürfte Abdurrahman aufgefordert werden, sich etwas zu beeilen, Lord Roberts zu empfangen."

Der „Standard" meldet aus **Buenos-Ayres,** der neu gewählte Präsident Saës Pena weigere sich, den Präsidentschaftsposten schon jetzt zu übernehmen.

Aus **Tanger** läßt sich das „Bureau Reuter" über den augenblicklichen Stand des Kabylenaufstandes Nachfolgendes telegraphiren:

Einige angesehene Kabylen vom Wadrasstamm sind in dem Lager der Truppen des Sultans angekommen und haben ihre Anhänglichkeit an den Kaiser von Marokko bezeugt. Sollten die Feindseligkeiten wieder beginnen, so werde ihr Stamm zum Sultan übergehen. Auch würden sie ihr Bestes thun, den Führer der Aufständischen, Hamam, lebend oder todt einzubringen. Die Wadras haben schon den Beweis geliefert, daß sie sich von den Angheras lossagen wollen. Sie haben Vieh von den Angheras geraubt, und als die Abgeordneten zurückkehrten, ließen sie offen verkündigen, daß sie dem Befehl des Sultans Folge leisten und nichts mehr mit den Angheras zu thun haben wollten. Es heißt, daß auch der Benimsuar-Stamm sich von den Angheras lossagen will. Nachdem der Befehlshaber des gegen die Angheras ausgesandten Heeres das Schreiben des Sultans empfangen hatte, welches ihm befiehlt, zum Angriff vorzugehen, zeigte er es dem Cid Hamam. Der Letztere, ein Anghera, bat nur noch um zwei Tage Frist. Die angesehensten Leute der Angheras wären schon bereit, sich dem Sultan zu unterwerfen, und es werde ihm hoffentlich gelingen, den ganzen Stamm zu veranlassen, die Waffen zu strecken. Bis Sonnabend müssen sich die Angheras schlüssig gemacht haben, sonst werden die Kämpfe wieder beginnen.

Parteibewegung.

— Im Wahlkreise **Sagan-Sprottau** werden, dem „Leipz. Tagebl." zufolge, die Sozialdemokraten bei der bevorstehenden Stichwahl zwischen Müller (freis.) und Klitzing (kons.) Wahlenthaltung empfehlen. — Wie es heißt, wird die Stichwahl am 6. September stattfinden.

— Die Vertrauensmänner der Zentrumspartei im Wahlkreise **Aachen**-Stadt und Land, sowie im Kreise Eupen haben einstimmig beschlossen, den seitherigen Landtagsabgeordneten Spahn, dessen Mandat durch seine Beförderung zum Oberlandesgerichtsrath erloschen war, zur Wiederwahl zu empfehlen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 27. August.

* Se. Majestät der Kaiser und König erledigte während der gestrigen Nachmittagsstunden im Marmorpalais Regierungsangelegenheiten.

Heute früh um 5¾ Uhr begab sich Se. Majestät der Kaiser in Begleitung der Flügeladjutanten vom Dienst vom Marmorpalais aus zu Wagen nach Dalgow bei Spandau und besichtigte in der dortigen Umgegend die 12. Infanteriebrigade, welche gegenwärtig zur Abhaltung von Uebungen dort zusammengezogen ist. Nach dem Schluß der Exerzitien kam Se. Majestät mit seiner Begleitung vom Manöverfelde zu Wagen nach Berlin und traf kurz vor ¾11 Uhr im hiesigen Schlosse ein. Dort empfing der Monarch den Militairbevollmächtigten bei der hiesigen großbritannischen Botschaft, Oberst Swaine, nahm darauf den Vortrag des Chefs des Großen Generalstabes entgegen und arbeitete alsdann auch noch einige Zeit mit dem Chef des Militairkabinets. — In der darauf stattfindenden Frühstückstafel war von Sr. Majestät auch der kürzlich hier eingetroffene Generaladjutant Sr. Majestät des Königs von Württemberg, Generallieutenant Frhr. v. Falckenstein, nach dem Schlosse befohlen worden. — Nach Aufhebung der Tafel begab sich Se. Maj. vom Schlosse nach dem königlichen Opernhause, um daselbst der heutigen Fest-Vorstellung zur 100jährigen Jubelfeier der Privat-Theatergesellschaft „Urania" beizuwohnen. — Am Nachmittage beabsichtigte Se. Majestät wieder nach dem Marmorpalais zurückzukehren.

---

* Der ehemalige königlich preußische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Wirkl. Geh. Rath v. Schlözer, ist nach mehrtägiger Abwesenheit gestern Abend wieder nach Berlin zurückgekehrt.

* Der großbritannische Botschafter am hiesigen Hofe Sir Edward Malet, welcher während der letzten Wochen in Homburg weilte, wird sich in diesen Tagen mit seiner Gemahlin von dort zu längerem Aufenthalte nach England begeben.

* Der neuernannte Botschafter Italiens beim Deutschen Reich, General Graf Lanza, ist aus Italien bezw. von Monza kommend über Frankfurt a. M. heute früh 7¼ Uhr auf dem hiesigen Anhalter Bahnhofe eingetroffen und wurde bei der Ankunft hierselbst vom bisherigen italienischen Geschäftsträger Marquis Incisa und den zur Zeit hier anwesenden Mitgliedern der Botschaft auf dem Bahnhofe empfangen. Nach erfolgter Begrüßung geleitete der Marquis Incisa den Grafen Lanza nach der hiesigen italienischen Botschaft in der Wilhelmstraße 66, woselbst auch der neuernannte Botschafter zu wohnen gedenkt. — Voraussichtlich wird Graf Lanza schon in der allernächsten Zeit von Sr. Majestät dem Kaiser zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen werden.

* Der kaiserl. russische Zeremonienmeister Graf Hendrickoff ist auf der Reise nach Paris mit seiner Gemahlin gestern aus Petersburg und der Kammerherr Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, Fürst Giedroyc, heute früh hier eingetroffen und haben im Hotel Continental Wohnung genommen.

h. Der russische Minister des Auswärtigen, v. Giers, trifft heute von Petersburg kommend in Berlin ein und wird im Hotel Continental absteigen. Am Montag gedenkt er seine Reise nach Pallanza fortzusetzen.

[Aus dem Ressort der Bauverwaltung.] Der Wasserbauinspektor Walter Körte in Berlin und der Professor an der königlich technischen Hochschule in Berlin Dr. Stahl sind zu Mitgliedern des königlich technischen Prüfungsamts in Berlin ernannt worden.

Der Kreisbauinspektor Gerpe in Kirchhain, Reg.-Bez. Cassel, tritt am 1. Oktober d. J. in den Ruhestand; über die Wiederbesetzung der betreffenden Baubeamten-Stelle ist bereits anderweitig verfügt worden.

Dem bisherigen königlichen Regierungs-Baumeister Max Knopff aus Berlin, zur Zeit in Kairo (Egypten), ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst ertheilt.

Der Deichinspektor des Nieder-Oderbrucher Deichverbandes, königlicher Baurath Goldspohn

---

Zu den im November und Dezember 1870 über die bayerischen Reservatrechte geführten Verhandlungen.

Das Septemberheft der „Deutschen Revue" wird eine Fortsetzung der Lasker'schen Korrespondenz bringen; die „Breslauer Zeitung" ist schon jetzt in der Lage, aus derselben einen sehr interessanten Theil des Schriftwechsels über die Verhandlungen betreffs der bayerischen Reservatrechte mitzutheilen.

Abg. Dr. Bamberger schreibt aus Versailles, 22. November, an Lasker:

„Lieber Freund. Ich habe heute mit Bismarck einen kleinen Strauß gehabt, wegen dessen ich mich direkt an Sie wende, da Sie den Anlaß gaben. Er erzählte mir nämlich in einer Unterredung über die deutsche Angelegenheit, daß auch mit Bayern Alles auf dem besten Wege sei, er habe deshalb unter Anderm Schwierigkeiten gehabt, weil ihm Folgendes begegnet sei: Bei einer Reihe von Zumuthungen, die ihm Bayern gestellt, habe er abgelehnt mit der Bemerkung, „solche Konzessionen würde der Reichstag nie gut heißen", worauf die Bayern ihm erklärten, bei den Verhandlungen mit den Nationalliberalen in München seien dieselben Reservate als gerecht und durchführbar anerkannt worden. Als ich dazu ungläubige Bemerkungen machte, ward er ungehalten, daß ich Angaben in Frage stelle, die er schriftlich besitze, und ließ sich die Akten herbeibringen. Es kamen nun zwei Dokumente, das eine war mit Bleifeder oben bezeichnet: „Lasker", das andere „Marquard Barth". Das erste sollte den Text der von Ihnen in München als zulässig erklärten Reservate enthalten. Er las mir vor, mit Glossen über das davon Eingeräumte und Abgewiesene und Glossen über die zu weit gehenden Konzessionen einzelner Punkte, die er nimmer konsentirt hätte. Ich lege Ihnen wortgetreue Abschrift des Aktenstücks (Lasker) bei, das von Marquard Barth erkannte er selbst für irrelevant an. Es folgt nun eine Aufzählung der Bayern gemachten Zugeständnisse, die nach Bismarck's Ansicht zu weit gingen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Stimmenzahl, die Bayern im Bundesrath erhalten sollte, um den Fall einer etwaigen Bundesexekution Bayern gegenüber, das Reservat wegen Bier- und Branntweinsteuer, Eisenbahnwesen, Bundeskriegsgesetz und die Frage, ob Bayern für Verfassungsänderungen ein freies Veto eingeräumt werden sollte. „Ich bitte Sie nun", so fährt Bamberger in seinem Briefe fort, „mir über diese Frage einen authentischen Auftrag geben zu wollen, damit ich eintretenden Falles den Bayern Ihr Dementi entgegensetzen kann. In der Hauptsache hat Ihre Anschauung Recht behalten; der deutsche Bund kommt auf alle Fälle zu Stande und eigentlich trotz allen Genörgels vollständiger, als wir erwarten durften. Die ganzen Reservate beziehen sich im Grund auf kleine Schollen am Ufer, die der Strom schon fortreißen wird. Bismarck macht mir den Eindruck, als sei ihm die Vollendung der Sache ernster und bedeutungsvoller, wie mir früher schien. Ich schreibe dies den bösen Stunden zu, die ihm die auswärtige Politik macht und die ihm die Nothwendigkeit zeigte, das Bild der deutschen Einheit und Einigkeit dem Ausland ganz und unverkleinert entgegenhalten zu können. Darum auch war er schließlich der Ansicht, daß Bayern besser mit Konzessionen als gar nicht in den Bund trete. Ich gebe ihm darin Recht und glaube beinahe, er macht es mit Ihnen in diesem Fall, wie z. B. mit dem König; er schiebt Ihnen in die Schuhe, was ihm eigentlich recht ist, was er lieber andere verantworten läßt."

Darauf antwortet Lasker am 25. November von Berlin aus in einem sehr ausführlichen Schreiben, dem wir folgendes entnehmen:

„Lieber Freund. Gestern Abend habe ich Ihren Brief vom 22. d. M. empfangen, und heute früh am Morgen beeile ich mich, ihn zu beantworten. Den Vertrag mit Bayern kenne ich noch nicht; ich kann also keinen Vergleich anstellen, wie weit er den Erwartungen entspricht oder hinter ihnen zurückbleibt. Für alle vorbereitenden Schritte, welche ich mit Freunden gemeinschaftlich oder allein unternommen habe, um die Regierungen zu ernsten Unterhandlungen, sodann zu Vertragsschlüssen zu bringen, trage ich gern die volle Verantwortlichkeit. Mich hat die Ueberzeugung geleitet und sie leitet mich noch, daß dieser Krieg nicht ohne Einheit der deutschen Staaten in einem verfassungsmäßigen Bundesstaat zu Ende gehen darf, wenn die Nation nicht eine tiefe Demüthigung ertragen soll. Aber ebenso streng habe ich mir die Linie gezogen, an der Lockerung der im norddeutschen Bunde begründeten Zentralgewalt und der dort gefundenen Einheitsmomente nicht mitzuwirken. Beide Grenzen habe ich stets zu wahren gestrebt. Als angemessener Weg erschien mir, zunächst Verhandlungen Bayerns auf Grundlage der norddeutschen Bundesverfassung herbeizuführen, hierdurch die Regierung in Württemberg so weit zu bringen, daß sie selbstständig unterhandelt und jedenfalls bis zum selbstständigen Anschluß an den Bund, auch ohne Bayern, sich verpflichte. Der sichere Gewinn Württembergs mußte Bayern aus der Gefahr völliger Isolirung heraustreiben und dem Bunde unter günstigen Bedingungen zuführen. . . . Das Dokument, welches Sie mit meinem Namen bezeichnen, ist als Folge gewisser Erörterungen zwischen mir und Bennigsen und Norddeutschland mit nationalen Freunden aus München entsprungen. Vorangegangen war das andere Dokument von Marquard Barth, welches dieser dem Grafen Bray auf dessen Wunsch überreicht hatte. Die anscheinend von den Nationalen Bayerns gutgeheißenen Forderungen bayerischer Sonderrechte wiesen wir zurück, und weil die dortigen Freunde nicht mit der bloßen Verneinung sich begnügen wollten, bezeichneten wir, anlehnend an die von M. Barth behandelten Punkte, die äußersten Grenzen möglicher Einräumungen. Irgend welche Zugeständnisse mußten gemacht werden, um Bayern zu ernsten Verhandlungen zu bringen; davon waren wir durch die uns entgegengetretenen Verhältnisse und die gepflogenen Unterhandlungen überzeugt. Wir wehrten aber ab, daß die Zugeständnisse nicht den Kern der staatlichen Einheit beschädigen."

Hierauf geht Lasker auf die einzelnen Punkte der Bayern gemachten Zugeständnisse ein. „In den empfindlichsten Punkten des Kriegswesens und der Finanzverwaltung, so führt er unter Anderem aus, haben wir die geforderten Selbstständigkeiten und die getrennten Wirthschaften auf das Entschiedenste zurückgewiesen. Nur das Reservat der Biersteuer gestanden wir zu. Im Uebrigen müsse das volle Budget des Bundes allen Staaten gemeinschaftlich sein. In Bezug auf das Militairwesen begrenzten wir den Standpunkt völliger Gemeinschaft ganz genau mit den Worten, „daß die Gesetzgebung und die Lasten sowohl für den Staat als für den Einzelnen in Bayern dieselben wie sonst im Bunde sein müssen." Diese Worte rühren von mir her, weil ich in diesem wichtigen Punkte den etwas unbestimmten Styl M. Barth's nicht gelten lassen wollte. Diese Worte schließen irgend welche Einräumungen in Betreff des Militairbudgets, der möglichen Ersparungen, der Dienstpflicht, Geld- und Naturalleistungen der Einzelnen völlig aus. Dagegen enthielten wir uns, weil kein Sachverständniß uns innewohnt, jedes Urtheils darüber, welche Ehrenrechte und Verwaltungsbefugnisse Bayern eingeräumt werden können; dies festzustellen, überließen wir den Monarchen und ihren Berathern in Militairangelegenheiten. Bekleidung, Waffen, Ernennung der Offiziere, persönliche Rechte des Königs und des Feldherrn — alles dies überließen wir besserer Einsicht. Wir traten nur für die parlamentarische staatsrechtliche Einheit und die völlige Gleichheit aller Militairlasten ein. Selbstverständlich sollte die Verständigung über die Regeln der Verwaltung der Ehrenrechte nicht später, sondern gleichzeitig mit den anderen Vereinbarungen getroffen werden." . . . . Nun habe ich Ihnen ein übersichtliches Bild unserer Voranschläge gegeben. Ich bin auf den Vergleich mit den wirklichen Abschlüssen äußerst gespannt. Wie vom ersten Augenblick des unvermeidlichen Krieges ist auch jetzt mein voller Sinn der Aufgabe zugewendet, daß das ganze Deutschland in staatlicher Verbindung zusammen sei. Das letzte Stadium der parlamentarischen Verhandlungen werde ich der Erwägung widmen, ob etwa der Einheit schädliche Konzessionen sich eingeschlichen haben und in welcher Weise solche mit Hülfe des Parlaments entfernt werden können. Meine Darstellung weicht mit keiner Silbe von der Wahrheit ab, und die entscheidenden Momente sind durch Zeugen und Schriftstücke erweisbar. Wie es auch kommen mag, vor der mir obliegenden Verantwortlichkeit scheue ich mich nicht, denn ich trage in mir selbst die Sicherheit, niemals gefordert oder zugestanden zu haben, was dem Einheitsgedanken nachtheilig werden könnte. Auf Ihre unbedingte Diskretion rechne ich; dieser Brief ist nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt und nur durch den Inhalt Ihres Schreibens und die Ihnen gemachten Mittheilungen hervorgerufen. Es grüßt Sie herzlich Ihr Lasker."

Der Präsident des Bundes-Kanzleramts schreibt unterm 3. Dezember 1870 an Lasker:

„Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich, in Verfolg meiner gestrigen mündlichen Mittheilung ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß Prinz Luitpold von Bayern heute Seiner Majestät dem Könige einen von Graf Hohenstein nach Versailles überbrachten Brief des Königs von Bayern in Audienz überreicht hat, in welchem das Vertrauen ausgesprochen wird, Seine Majestät werde die dem Bundespräsidium zustehenden Rechte, durch Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde, im Namen des gesammten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben. Es wird weiter bemerkt, daß den übrigen deutschen Fürsten der Vorschlag gemacht sei, gemeinschaftlich bei Seiner Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte mit Führung des Kaisertitels verbunden werde. Mit ausgezeichnetster Hochachtung Euer Hochwohlgeboren ganz ergebenster Delbrück."